

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 13.11.2014 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition soll erreicht werden, dass in Werbeanzeigen Bilder von menschlichen Personen, die am Computer bearbeitet wurden, gekennzeichnet werden.

Der Petent kritisiert die Praxis der Medienbranche, Bilder von weiblichen und männlichen Models zu retuschieren (sogenannte "Beautyretusche"). Er ist der Meinung, dass die dadurch entstehenden falschen Schönheitsideale besonders bei Jugendlichen zu psychischen Erkrankungen (u.a. Magersucht) führen können.

Zu den Einzelheiten des Vortrags des Petenten wird auf die von ihm eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 334 Mitzeichnungen sowie 22 Diskussionsbeiträge ein.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

Das in der Mode-, Film- und Werbebranche propagierte Schönheits- und Schlankheitsideal kann die Vorstellung gerade von jungen Menschen hinsichtlich ihres Selbstwertgefühls und ihres Körperbildes beeinflussen. Dies wiederum kann Auswirkungen z.B. auf das Essverhalten haben und damit der Entstehung eines gestörten Essverhaltens Vorschub leisten.

Essstörungen wie Magersucht (Anorexia nervosa), Ess-Brechsucht (Bulimia nervosa) oder Binge-Eating-Störungen (Essstörungen mit Essattacken) sind indes komplexe, multifaktorielle Krankheitsbilder, die von zahlreichen physischen, psychischen und

sozialen Faktoren beeinflusst werden. Es sind nach Aussage der Bundesregierung keine wissenschaftlichen Studien bekannt, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den in den Medien und in der Werbung dargestellten Schönheitsidealen und gesundheitsgefährdenden Verhalten (wie z.B. Essstörungen) zum Gegenstand haben.

Deshalb ist es zweifelhaft, ob die Kennzeichnung retuschierter Personenfotos ein Beitrag sein kann, das durch die Medien negativ beeinflusste Selbstwertgefühl gerade junger Menschen zu korrigieren. Vielmehr sollte jungen Menschen eine selbstständige Beurteilung medialer Bilder durch Aufklärung vermittelt werden.

Die Bundesregierung setzt daher ihren Schwerpunkt auf die Stärkung von gesundheitlichen Ressourcen, auf Prävention und auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Damit soll das Selbstwertgefühl von jungen Menschen gefördert und ein kritischer Umgang mit Medien und Werbung vermittelt werden. Darüber hinaus soll dazu beigetragen werden, gesundheitsgefährdendem Verhalten, wie gestörtem Essverhalten und Essstörungen, vorzubeugen.

So wurde 2007 durch die Bundesministerien für Gesundheit, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Bildung und Forschung die Initiative "Leben hat Gewicht - gemeinsam gegen den Schlankeitswahn" gestartet (www.bmg.bund.de). Die Initiative unter Federführung des Bundesgesundheitsministeriums will das Bewusstsein dafür stärken, dass Essstörungen ernstzunehmende Erkrankungen und mittels gezielter Prävention und Aufklärung beeinflussbar und vermeidbar sind. Insbesondere sollen Kinder und Jugendliche darin gestärkt werden, gängige Schönheitsideale zu hinterfragen, ein positives Selbstwertgefühl zu entwickeln und individuelle gesundheitliche Ressourcen zu nutzen. Dabei beteiligen sich Beratungseinrichtungen, Fachgesellschaften, Ärzteverbände, Sportvereinigungen und weitere Akteure.

In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen dieser Initiative verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, ein Modellprojekt zur Stärkung der Selbsthilfepotentiale von Betroffenen unterstützt, eine Nationale Charta der Textil- und Modebranche als freiwillige Selbstverpflichtung verabschiedet und verschiedene Materialien herausgegeben. So wurden von einem die Initiative begleitenden Expertengremium "Empfehlungen zur integrierten Versorgung bei Essstörungen in Deutschland" erarbeitet, die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) publiziert wurden.

Darüber hinaus bietet die BZgA bereits seit 2000 ein ständig aktualisiertes umfangreiches Medienangebot für Betroffene, Angehörige und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren (z.B. Lehrkräfte) an (www.bzga-essstoerungen.de). Ebenso wurde mittels einer Versorgungsstudie in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf eine Datenbank erstellt, die eine wohnortnahe, flächendeckende Versorgung unterstützt. Die Prävention von Essstörungen ist auch Teil der Aktion "Gut Drauf", mit der Kinder und Jugendliche mittels eines integrierten Ansatzes zu einem gesundheitsförderlichen Verhalten, insbesondere mittels Bewegung, Ernährung und Stressabbau, motiviert werden sollen.

Die ganzheitlichen präventiven Ansätze und Maßnahmen sollen nach Aussage der Bundesregierung auch in den nächsten Jahren weitergeführt werden.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen.